

Rедакция:
Wien, VI., Magdalenenstraße 53.

Abonnement-Preise:
Für Österreich-Ungarn mit freier
Postzulieferung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Viert. jährig (unter Kuvert) 70 kr. —
Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 68 kr. = 1 Fr. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.
Die Zukunft erscheint an jedem
10. und 24. im Monat.

Unsergeiste Reklamations sind portofrei.

Die Zukunft

Sozial-demokratisches Organ.

Administration u. Expedition:

Wien, VI., Magdalenenstraße 53.

Abonnement-Gebühr:

Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.

Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.

die dreimal gesetzte Zeitzeile oder
deren Kamm.

Wir erachten bei allen Geldsendungen
sich der Postanweisungen zu bedienen.

Mannskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 14.

Wien, Samstag 24. April.

1880.

Vorbericht.

Am 12. Mai 1880 übertritt die Redaktion, Administration und Expedition des Partei-Organs „Die Zukunft“

V., Hundsturmerstrasse Nr. 89,
2. Stg., 1. Et., Th. 15

wohin alle Zuschriften und Geldsendungen, welche
dieselben betreffen, zu richten sind.

Abonnement-Einladung.

Mit voriger Nummer begann ein neues Quartal zum
Abonnement der Zeitschrift

Die Zukunft

Sozial-demokratisches Organ.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und
zwar an jedem 10. und 24. im Monat.

Das Abonnement beträgt für Österreich-Ungarn:
Halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Genossen! Indem wir zum zolstreichen Abonnement
des Blattes auffordern, geben wir euch die Versicherung,
dass die „Zukunft“ auch ferner voll und ganz für die
Rechte des arbeitenden Volkes mit aller ihr zu Gebote
stehenden Macht eintreten wird.

Soll jedoch unsere Stimme beachtet werden, so
müsste Ihr Sorge tragen, dass die „Zukunft“ in jeder
Werftstätte, in allen Gasthäusern, wo Ihr verkehrt und
in jeder Hütte des armen Volkes Eingang findet. Denn
nur dann, wenn unsere Ideen in immer weitere Kreise
dringen, wird man maßgebenden Orts auch damit rechnen
müssen.

Gleichzeitig ersuchen wir, alle Geldsendungen
nur an die Adresse der Administration oder persönlich
an Josef Bardorf,

6. Bez., Magdalenenstraße 53, Wien
zu richten, da jede an eine andere Adresse gerichtete
Geldsendung mit Zeitverlust verbunden ist und die Ad-
ministration nur für direkt an sie gerichtete Sendungen
die Verantwortung übernehmen kann.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Herausgeber.

Was uns Helaba gilt!

„Was gilt uns Helaba?“ heißt es in einem
Shakespeare'schen Stücke und dieses seitdem gebräuchliche
Wort wird immer gebraucht, wenn wir eine Sache als
uns nichts angehend bezeichnen wollen. „Was gilt uns
Helaba?“ — was geht es uns, die wir mit unseren
Prinzipien auf den Boden einer neuen Gesellschafts-
ordnung stehen, an, ob ein reaktionäres Organ das In-
stitut der Geschworenen angreift oder nicht? — Und
dennnoch sehen wir uns veranlaßt, den letzten Praktauer
Fall einer näheren Besprechung zu unterziehen.

Ein reaktionäres Blatt greift in maßloser Weise
jene Geschworenen an, die im letzten Sozialistenprozeß ein
freisprechendes Verdict erlassen haben. Gewiß das schließt
nicht aus, daß der „Ezaz“, von dem hier die Rede ist,
die Geschworenen als Vollwerk der Verfassung und Kul-
tur verhöhnt hätte, wenn dieselben einen im Sinne der
Reaktion gehaltenen Wahrspruch geföllt hätten. Und zum
merkt man was, merkt man, wie es mit der Rechts-
staatlichkeit, der Freiheitigkeit der herrschenden Klasse be-
stellt ist? Ja, wie es darum bestellt ist, das zeigen
uns eben die Kapriolen des hier erwähnten reaktionären
Blattes, das in seinem blinden Eifer die Maske der Ge-
schäftlichkeit fallen hat lassen, nur zu gut. Das Geschworen-
institut, das Versammlungsrecht ic. ic. ist den Herren
gut, so lange es ihnen dient, aber wehe, wenn einmal
das Recht sich nicht zur Magd der herrschenden Klasse
erniedrigt will, wenn es einmal, unbehümt um alles
andere, bloß Recht sein möchte, wenn es einmal Allen
ohne Unterschied des Standes zu Gute kommen will,

denn wehe diesem Rechte; denn die herrschenden Geh-
tauend jagen es aus dem Tempel und schaffen sogenannte
Ausnahmegesetze, wie es in Deutschland geschah oder ein
reaktionäres Blatt fällt über das Geschworeninstut, das
den Dienst verfragt, mit wahrer Verhernerung her.

Und da können wir Sozialisten denn doch nicht
umhin, mit jenem Hurden auszurufen: „Wir Wilde
sind doch bessere Menschen.“ Der Sozialismus hat es
nie nötig gehabt, auf ein Parteirecht zu pochen, nach
einem Parteirecht zu streben, sondern immer das Prinzip
der allgemeinen Gerechtigkeit hochgehalten, — ja
gegen dieses Prinzip auch dann keinen Einspruch erhoben
— wenn die Anwendung desselben dem Parteizweck
nicht dienlich erschien. Die Geschichte des Sozialismus
beweist dies zur Genüge.

Lange, lange Jahre hindurch hat z. B. das allge-
meine Stimmrecht sehr ungern des Sozialismus,
ja sogar zu Gunsten der Reaktion gesprochen. War das
ein Grund dafür, daß die deutschen und französischen
Sozialisten das allgemeine Stimmrecht, weil es nicht
gleich die gewünschten Dienste leistete, verloren? Wie
viel grausame Enttäuschungen hat das allgemeine Wahl-
recht nur den deutschen Sozialisten schon gebracht und
dennoch wurde mit unerschütterlicher Prinzipienfestigkeit
betont: „Da freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir
siegen!“ Da die Fortschrittl. und bürgerlichen Demokra-
ten flüchten diesem „demagogischen Mittel“, aber nie die
Sozialisten. Und warum diese nicht, weil der Sozialis-
mus seine Herrschaft nicht auf die Gewalt, sondern auf
die Umwandlung des allgemeinen Volksbewußt-
seins begründet will, weil der Sozialismus nicht gleich
einem politischen Mohammed, die Anderen denken mit
dem Schwert befehlen will, sondern in der Überzeugung
von der Wahreheit und Unüberleglichkeit seiner Lehren,
die Ereignisse abwartet, die ihm Recht geben und die
für ihn Propaganda machen und immer machen werden.

— Wir haben oft und zu vielen Orten mit den Ge-
schworenenrichten traurige Erfahrungen gemacht. Haben
wir deshalb dieses Institut verdamm't? Mit nichts! In
Süddeutschland haben sich die Sozialisten nur gegen
der Geschworenenzusammenziehung ic. verklagt, eine Er-
weiterung der Basis, respektive Zugabe aller Klöppen
zu den Geschworenen, also wahre Volksgerichte ver-
langt, aber das Prinzip des Geschworeninstutts
als solches wurde immer hoch und heit gehalten. Ja
als der Reichskanzler einmal den Süddeutschen ihre Ge-
schworenen nehmen wollte, da machten auch die Sozia-
listen, trotzdem daß sie üble Erfahrungen mit den Ge-
schworenen gemacht hatten, dem Reichskanzler scharfe
Opposition.

— Die sozialistische Partei ist nicht berartig be-
schaffen, daß sie nach dem momentanen äußeren Erfolg
ein Prinzip des echten und rechten Rechtsstaates ver-
wirkt; sie baut, wie wir betont, auf die Umwandlung
des Rechtsbewußtheins und auf die wachsende allgemeine
Erkenntnis, das ist ihre Basis, aber darum will sie auch,
daß der allgemeine Volksmeinung und nur derselben
immer und in allem Ausdruck gegeben werde und da-
rum ist die sozialistische Partei die einzige echte und
wahre Demokratie.

Karien.

Wenn die Bourgeoisie einmal so recht nachdrücklich
die Bestrebungen der Sozialisten als Fantasien und
Träumerie darstellen will, dann pflegt sie gleich eine
Beschwörungsformel vom Stapel zu lassen; denn
bei den Herren Bourgeois wird jede wissenschaftliche
Frage mit einer Beschwörungsformel, die man aber auch
„Schlagwort“ zu nennen pflegt, abgetan. Und diese in-
haltsleere Formel, die bloß gehängt zu werden braucht,
damit unser ganzes Gebäude in Trümmer sinkt, heißt
Karien.

„Ja, sehn Sie, wie war's mit Karien“, pflegt
ein so superkluger Sozialpolitiker zu sagen und glaubt
damit den Sozialismus „gründlich todgeschlagen“ zu
haben. Nun brauchen wir gar nicht zu erwähnen, daß
ein im Kleinen gemachter Versuch, bei dem aber schon
der Beginn versetzt war, nichts beweise. Allein, abgesehen
davon, sind wir im Allgemeinen über Karien in der
Lage, selbst von unparteiischen Schriftstellern, wie Dr.
Lorenz Stein, falsch unterrichtet worden.

Wie sehr müssten wir erstaunen als vor Kurzem
aus der längst entchwundenen geglaubten karischen Gemein-
schaft Nachrichten zu uns drangen. Seit dieser Zeit hat
die karische Gemeinschaft, die im Staate Iowa in
Amerika ihren Sitz hat, einen regeren Verkehr mit dem
europäischen Kontinent unterhalten, ja in letzterer Zeit
sogar einen offiziellen Bericht über den Stand der Kolonie

veröffentlicht, dem wir so manches Lehrreich entnehmen
können.

Unter den Bürgern, so beginnt der Bericht, —
welcher heute den mutigen jungen Sozialismus — um-
fasskt, gibt es kaum einige, welche Karrien in Wirklichkeit
kennen. Ja, sehr viele ist Karrien irgend eine Gesellschaft,
die, gleich der Stadt in La Fontaine's Fabel, von der
Welt zurückgezogen lebt und in Folge dessen nicht mehr
und nicht weniger Interesse verdient, als alle Diejenigen,
die bloß ausschließlich an das eigene persönliche Wohl
denken.

Obwohl das lange Stillschweigen, welche der leg-
tern Evolution dieser Gemeinschaft voranging, viel zur
Befestigung obiger Ansicht beigetragen hat, so ist diese
denn doch nichts weniger als richtig. Karrien ist mehr
als eine winzige isolierte Gesellschaft.

Die historische Bedeutung Karriens ist ohne Frage
radikal sozialistischer Natur. Die Entstehung der Kolonie,
ihre Kampf, ihr Ziel und ihr gegenwärtiges Erwachen
beweisen dies. Der Gedanke, aus dem sie hervorging,
war ein rein humanitärer.

Entworfen von der Denkraft eines Mannes, der
durch sein Talent und seine Bürgertugenden ein Jahr-
zehnt lang der bedeutendste Vertreter der Demokratie war,
war Karrien die Perleinfektion der gerechtesten Be-
strebungen einer der glorreichsten Freiheitsepochen. Diese
sozialistische Gründung vereinigte in sich die Wünsche,
Hoffnungen und Forderungen einer ganzen Arbeiter-
generations und leitete dieselben zu einem Biele, zur
Schöpfung der wahren Gleichheit. Das nachzuweisen,
soll der Zweck der nachfolgenden Zeilen sein.

Cabet hatte oft seinen Schülern gesagt, daß eine
lange Fase der Erziehung nötig sei, um das Volk zum
communistischen Zusammenleben zu gewöhnen und daß
eine unzeitgemäße und unvollkommene Verwissenschaftlung der
Idee eher gefährlich als nützlich sei. Aber umzingelt von
allen Seiten und durch die Polemik herausgedrängt, die
praktische Anwendbarkeit seines Systems zu beweisen, ent-
schloß er sich, seine Gegner dadurch zum Stillschweigen
zu bringen, daß er eine ausgedehnte Kolonie gründete,
um an derselben das Experiment zu versuchen. (Was
unserer Ansicht nach ein gründlich versetzter Schritt war;
da die Lösung der sozialen Frage auf internationaler
Grundlage erfolgen muß. Anm. d. Red.) Mit einem
Ausbruch der Begeisterung wurde dieser Eindruck an-
genommen und nachdem man die nötigen Vorbereitungen
gemacht hatte, wurde bestimmt, daß eine Avantgarde von
69 Karriern sich nach Texas begeben, wo man eine un-
geheure große Bodenfläche bereits angekauft hatte. Diese
Avantgarde verließ Havre am 3. Februar 1848, einige
Tage bevor das Volk — wie Cabet bereits vorausgesetzt
hatte, „den mottezenfressenen Tropen Louis Phillip's um-
warf“, um ein zweites Mal die Republik zu proklamieren.

Ein anderer Trupp von 19 Bürgern schiffte sich
am 3. Juni ein, während die Kolonie selbst sich im
Kreise Janin, unweit des roten Flusses sich installierte.

Die ersten Briefe aus Texas zeugen von großer
Freude und Begeisterung der Auswanderer. Aber eben
der Ungezüm und die unerschrockene Ergebenheit sollten
den Verfall der ersten Kolonie verursachen. Die mühsa-
men Arbeiten, welche der Vortrupp unter einer tropi-
schen Hitze vollführte, überlieferte die Starken der
Malaria und in kurzer Zeit starben fünf am Fieber,
während ihr Arzt in Wahnstarre verfiel.

Die Anderen niedergeschlagen durch die Krankheit,
unruhig gemacht dadurch, daß sie aus Frankreich keine
direkten Nachrichten erhielten, demoralisiert von den fal-
schen Gerüchten über den Tod Cabet's, — verließen
eilends den Groß-Timbers, um nach New-Orleans zu
gelangen, wobei 400 Karrier bereits eingetroffen waren.

Während dieses überholten Marsches starben vier
Karrier an den Fleischbeschwerden, viele mußten unter-
wegs zurückgelassen werden und nur ein geringer Teil
gelangte erschöpft und abgemartet an das Ziel seiner
traurigen Reise.

Bei der ersten Nachricht dieses Unfalls verließ
Cabet Frankreich. Am 13. Dezember 1848 schiffte er
sich in Liverpool ein und segelte nach New-Orleans. Er
fand daselbst seine Schüler in der lästigen Stimmung
einer geschlagenen Armee. Viele schwanden und wollten
nach Frankreich zurückkehren. Andere wollten das Augen-
sargene fortsetzen, aber ein geeignetes Klima wählten.
Man hielt lange Beratungen, in welchen es Cabet ge-
lang, die Majorität wieder mit der Idee, das begonnene
Werk fortzuführen, zu befriedigen; und nachdem er die
entmutigten Minorität 20.000 Franks ausbezahlt hatte,
wendete er sich mit 280 Schülern nach Nauvoo, einer
kleinen Stadt in Illinois, welche an den Ufern des
Mississippi lag und von den Mormonen verlassen war.

Es war am 15. März 1849 als die Kolonisten dahin gelangten.

Von da an begann Italien — leider nur für eine kurze Zeit — aufzublühen. Werkstätten wurden eröffnet, Landgüter gepachtet oder gekauft, eine große Sägemühle ausgenutzt, ein Kleidermagazin gegründet, Schulen geschaffen, ja, ein Theater und ein großes Orchester in's Leben gerufen. Die Propaganda wurde mit Ungeheuer und Erfolg betrieben. Die Kolonie hatte ein Wochenblatt, das in drei Sprachen erschien. Durch Vermittlung einer Zentralagentur in Paris fanden zahlreiche neue Anhänger, um sich der Kolonie anzuschließen, so daß die Gemeinschaft im Jahre 1855 bereits mehr als 500 Mitglieder zählte, von denen mehrere in Iowa lebten, wo man bereits auf einer Fläche von 4000 Morgen eine zweite Kolonie gegründet hatte.

Aber neues Unglück erwartete die Ansiedler. Ein politischer Sturm fegte das ganze Gebäude hinweg.

Indem Gabet aus Frankreich, ausgerüstet mit diktatorischer Vollmacht, abreiste und diese ihm auch freiwillig von seinen Schülern zugestanden wurde, fügte er bald, daß seine Stellung eine antidemokratische wäre. Im Jahre 1850 beantragte er selbst eine Verfassung und eine mehrköpfige Verantwortlichkeit statt der einzelnen unbeschränkten Diktatur. Wir werden sehen, wie Alles unter der Herrschaft bis 1855 blühte.

In diesem Jahre sah Gabet, der von jacobinischen Ideen sehr eingenommen war, den ungünstigen Gedanken, einen Teil jener Gewalt, deren er sich im Jahre 1850 begeben, wieder zu erlangen. Er beantragte die Revision der Konstitution in dem Sinne, daß eine vierjährige Präsidentschaft mit der Ernennungs- und Absehungsbefugnis eintreten solle. Dieser Vorschlag erwachte die energische Opposition einer großen Anzahl von Mitgliedern, die betonten, daß sie emanzipiert genug wären, um sich selbst zu regieren und der väterlichen Wermundshaft, so gut und so wahrnehmend sie sei, entraten wollen. Gabet seinerseits glaubte eine solche Unentbehrlichkeit für die gute Verwaltung Italiens und auch, um wieder zum Eintritt in die Kolonie jene Schüler zu veranlassen, die sich von derselben entfernt hatten.

(Schluß folgt.)

Politische Übersicht.

— Es sei uns heute gestattet, einmal unsere schwierigen Fäuste mit den nötigen Handbuchmaterial zu versehen, denn ein gar heiliges Thema ist's, daß wir berühren: „as alte Lied vom Briefgeheimnis“. Wir hätten freilich schon früher Gelegenheit gehabt, dasselbe auf's Tapet zu bringen, allein wir wären dabei der altbekannten „Objektivität“ verschwunden. Nun aber anerkannat lokale Zeitungen, wie das „Neue Wiener Tagblatt“, das leidige Thema ohne weiteren Unfall zur Sprache brachten, wird es wahrscheinlich auch uns gestattet sein, die Neuerungen unserer zu zitiren, wobei wir uns „aus Gesundheitsrücksichten“ jedes weiteren Kommentars enthalten. Das „N. W. Tagbl.“ erwähnt in einem „Eingesendet“, daß eine Anzahl aus Hamburg ankommende Briefe, welche Lotteriobörsen enthielten, nicht den Adressaten ausgebändigt worden sind. Vielmehr wurden Letztere zum Sollamt zitiert und in deren Beisein die Briefe geöffnet, wo man alsdann die verdeckten Lose gefunden. Das oben zitierte „demokratische“ Organ läßt hiebei etwas von Beseebung und Entrüstung durchdringen und stellt ganz naiv die Frage: „Ob denn das Schreckliche wirklich wahr sei, ob gar — aber es ist zu schauerlich, um nur daran denken zu können — wirklich ein schwarzes Kabinett in Österreich existire?“ — Hm, wir wüssten darüber so mancherlei Aufklärungen zu geben, allein, nicht die Frage, ob ein schwarzes Kabinett existire oder nicht, ist's, die uns beschäftigt, denn ein bisschen mehr oder weniger Reaktion zu erkennen, darauf kommt es einer „abgehetzten“ Partei, wie die unsre, nicht an. Was uns interessiert, ist, daß das Organ der bürgerlichen „Hausherrn-Demokratie vom höchsten Grund“ seiner Zeit, als Privatbriefe, welche die Nummern der Londoner „Freiheit“ enthielten, in Frage kamen, sich nicht veranlaßt sah, auch nur ein Wort hierüber zu verschwenden, allein jetzt, wo es sich um Lotteriobörsen und um die Interessen einiger Hamburger Loschwundler handelt, nicht ansteht, den Fleißwisch als Lanze einzulegen und die Frage des Briefgeheimnisses zu ventilieren. Aber so sieht's mit der Liberalität des l. l. demokratischen Organs aus!

— Beachtenswerter ist es immerhin, daß beinahe zur selben Zeit zwei manhafte und klüchte Volksvertreter das oben angeregte Thema vor dem Forum des Landes im Parlamentszaale in gebührender Weise behandelten. Ritter v. Schönnerer, dessen Auftreten — und die Offiziösen mögen ihn noch so sehr bewegen — denn doch den Pflichten eines wahren Volksvertreters entsprach, behandelte in seiner Rede in rücksichtsloser Weise das Verfahren in Preß- und Versammlungsangelegenheiten und beleuchtete mit gretzen Farben die eigentümliche Achtung, die man bei uns vor dem Briefgeheimnis hegt. Und zwar tat dies Ritter v. Schönnerer im wohltuenden Gegenseite zum „demokratischen Organ“ — nicht aus Stolz für einige Geschäftskantinen, sondern mit Stolz auf die politische Freiheit und Gleichberechtigung; gedachte auch an jene arme Klasse, die im Parlamente nicht vertreten, also keine Gelegenheit hat, ihre Beschwerden laut werden zu lassen. Es ist mit diesem Auftreten des Herrn v. Schönnerer neue Verdächtigung seiner Gegner, die ihn als Bismarckagenten hinstellen, und der wir eine Zeit lang auch Glauben schenkten, — glänzend widerlegt. Wie Herr v. Schönnerer in dieser Weise fortfahren und jene Bevölkerungsmaße, die bis jetzt nahezu mundtot gemacht ist, wird diesem ritterlichen Vertreter der zum Schweigen Verdonierten, gewiß ihre Sympathien zuwenden.

Eine zweite bedeutende und manhafteste Enthüllung war die des Abgeordneten Dr. Kronawetter. Derselbe

wies treffend nach, daß der Parlamentarismus bei uns in so lange keine Macht und keinen Einfluß habe, so lange er nicht zu seiner Basis das allgemeine Wahlrecht besitzt. Wie Dr. Kronawetter überhaupt über das Wahlrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht hantiert, dürfte unser Leser bekannt sein, aber auch das, daß er's nicht nur beim Denken beweisen läßt. Wir brauchen deshalb über das Auftreten des letzteren Volksvertreters nicht viel Worte zu verlieren, vielmehr beschönken wir uns auf die Bemerkung, daß es in diesen schweren Zeiten uns wirklich wot tut, einmal auch von efreulichen Erscheinungen sprechen zu können.

— Im Übrigen bieten uns diesmal unsere inneren Gelegenheiten eine Fülle von interessantem Material. Der Abstimmung, respektive Niederstimmung in Sachen des Dispositionsfondes wollen wir nur so nebenbei erwähnen, denn dieselbe ist ohne jede weitere Bedeutung. „Wir sind ja noch nicht bis zur französischen Republik herabgesunken!“ wie ein hervorragender Staatsmann erst kürzlich sagte und darum übt die Parlamentsabstimmung beinahe gar keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der Regierung aus.

Biel interessanter ist's, daß in Krakau, die der „Staatsfehrei“ angeklagten Sozialisten sämtlich freigesprochen worden sind. Der Krakauer Gerichtshof hat ausgeschlossen, daß man über das Wesen des Staates und der Gesellschaft anderer Meinung sein darf als gewisse Leute und darum doch nicht verbrannt werden muß. — Der „riesige Feuer“, der hierdurch vom Gerichtshof begangen, wird wahrscheinlich auf administrativen Wege wieder gut gemacht werden, untenmalen man diejenigen Freigesprochenen, die russische Untertanen sind, über die Grenze schaffen und den russischen Schandarmen überantworten wird. Unwidrig ist die Sache nicht.

Und nun noch etwas, das wert ist, den Annalen der Vergessenheit entrißen zu werden. Aus Triest wurde der bekannte italienische Dichter Cavallotti, Mitglied des italienischen Parlaments, ausgewiesen. Cavallotti hatte seinerzeit einige satirische Gedichte, die ihre Spize gegen die österreichische R e i c h s p a r t i e und nicht gegen Österreich richteten (L'animali parlanti) geschrieben, was Grund genug war, den Vertreter Italiens, der auf einige Tage nach Triest gekommen war, auszuweisen. Nun, wir haben uns das Erstaunen schon abgewöhnt und so läßt uns auch diese Maßnahme kalt. bemerken wollen wir, daß dieser Akt der Triester Behörde den Feinden Österreich's sehr zu Statten kommt. Es ist nämlich die Ausweisung ganz darnach angetan, um Österreich im gehässigen Lichte des Polizeistaates (was unser Österreich „Gott sei Dank“ nicht ist!) Anmerkung des Schatzes vor der ganzen Welt erscheinen zu lassen und ihm die Sympathie aller freidenkenden Nationen zu entfremden. Ja, durch Alte, wie die obewähnten, gibt man der Italia Friedenta eine ganz gute Agitationswaffe in die Hand und den Worten Gladstone's einen gewissen Schein der Berechtigung. Man ersieht also recht deutlich und klar, daß allzugroße Besorgnis um die Sicherheit des Staates, gerade zur Beunruhigung des Staates dienen kann. Im Übrigen können wir, auf Grund unserer genauen Kenntnis der Verhältnisse versichern, daß, wenn z. B. ein Extrablatt schmolz, der zu Hanau, Gieß und Halle gegen Italien gespielen, einmal die Abruzzen besuchen würde, es würde kein Mensch an seine Ausweisung denken, ja sogar die Banditen Sababien's würden den „Extrablatt“ schmolz — aus naheliegenden Gründen — ungehört loslassen. Ebenso würde es eine preußische Behörde, trotz Besatzungszustand z. z. verschwinden. Victor Hugo blos deshalb, weil er gegen Deutschland geschrieben, auszuweisen. Man merke wol, P r e u s s e n und nicht blos das demokratisch regierte Italien würde so handeln. —

— „Die Südbahn, ihre Steuerbefreiung und Rothschild“, unter diesem Titel bringt die „Mittelstraße“ folgende beherrschende Notiz: „Boni 1. Jänner 1880 an sollte diese große Bahngesellschaft eine jährliche Steuer von 2 bis 3 Millionen zahlen, die diese Gesellschaft aber vom Staat geschenkt haben will. Wertwürdig! Nun, da lohnt es sich, etwas näher auf die Bahn einzugehen, wo Rothschild eine so große Rolle spielt. Diese Bahn war wiederholt der Skandal der Welt, da man sie förmlich ausfuchte. Die Bahn wurde 1856 erbaut und mußte man die Aktien von 148 bis 150, die Prioritäten von 112 bis 113 fl. hinaufzutreiben; die ersten 11 Jahre zahlte man Dividenden von 10, 12, 15, 16 bis 18 fl. im Silber alljährlich aus; später 6 bis 8 und endlich nur mehr 3 Prozent. Die Belastung stieg auf 2.455.213.000 Franks, also 2½ Milliarden, welche Rothschild der Bahn lieh. Wie viel Millionen Baron Albert Rothschild dabei verdient, weiß ein Büchlein zu erzählen, das uns seit Jahren vorliegt und auch die Geschichte des großen Krachs nachweist, den ebenfalls Rothschild so treiflich einzuleiten wußte. Dies alles läßt mir der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten, da diese Bahnen, woran Rothschild so viel verdient, jetzt Steuerfreiheit begehren. Rothschild ist in seinem vollen Glanze dargestellt, mas er an Österreich für seinen Millionenzug bezogen. Und eine solche Bahn, dessen Patronat Rothschild ist, will Steuerfreiheit? Was würde man sagen, wenn die Bauern alle steuerfrei oder militärfrei sein wollten? Der Bauer hat zum Patronate die wütenden Elemente, die ihm oft so viel wegnehmen, daß sie ihn selbst nichts, geschweige denn für Steuern noch etwas bleibt. Die Südbahn ist auf österreichischem Gebiete 295 und auf italienischem Boden 484½ Meilen lang, an der Rothschild, so oft sie in's Stocken kam, 25 bis 50 Millionen verdiente und nun will diese steuerfrei sein? Jetzt ist mir noch die Erledigung der Frage abzuwarten, welche Stellung nämlich unsere Volksvertreter zu dieser Steuerbefreiung einnehmen werden und ob sie die Gefahren zu erkennen verstehen, welche überhaupt durch Rothschild erwachsen oder wie man der gefährlichsten aller Fragen, der Industrie in Österreich,

ein Ende bereiten kann. Das Haus Rothschild hat sich seit 70 Jahren viele Millionen Gulden durch Spekulation verdient, wohin soll dies führen, wenn da keine Beschränkung eintritt, während man doch dem Kerner zu das letzte Hemd pfänden darf? Ist es nicht geradezu Ironie, wenn der Rothschild auf irgend einer Bahn wohin fährt, so fährt er erster Klasse umsonst, während der ärme Kerner doch wenigstens für die 4. Klasse zahlen muß? Thatsache!“ Wir haben dem selbstverständlich nichts hinzuzufügen.

— Die ungarische Pressefreiheit fängt an, jetzt sündbare Blätter zu treiben. So meldet man uns, daß Genosse Führinger als Herausgeber der in Budapest erscheinenden „Wochen-Kronik“ vom Bester Gerichtshof zu 14 Tage Arrest verurteilt wurde und diese Strafe auch sofort antreten mußte. Die Arbeiter-Wochen-Kronik, so behauptete die Anklage, habe politische Artikel gebracht und hätte demnach, da sie nicht funktionspflichtig, das vorgelegte Programm überschritten.

— In Deutschland gab es wieder einmal zur Abwechslung eine Sozialistendebatte, es handelte sich nämlich um die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Natürlich beschloß die willkürliche Majorität, daß es beim Alten bleibe, allein aus der Debatte ward ersichtlich, daß die Stimmen im Vaade gegen das Sozialistengesetz immer mehr wächst. Wenn schon ein Nationalliberaler sich veranlaßt fühlt, an dem Sozialistengesetz herbe Kritik zu üben, so kann man daraus stolz heurteilen, wie sehr sich die Stimmen den Anknüpfungsgegenüber verändert hat. Unter Anderem kam auch während der hier erwähnten Debatte, die Heldentat der Münchener Polizei zur Sprache und Sonnenmann heuchte dieses Polizeilückchen ordentlich durch. Unser Genosse Hebel stellte sich ganz auf den Standpunkt unserer heutigen Ausführungen und betonte, wenn die Anwesenheit von Sozialisten genüge, um eine Versammlung aufzulösen, so werden die Sozialisten zu allen Versammlungen der Bourgeoisie erscheinen und den Herren Bourgeois das Versammlungsrecht verleihen. — So muß es kommen!

— Noch müssen wir der Nachwahl im 2. Wahlbezirk zu Berlin erwähnen. Die Sozialisten präsentierten sich nicht in verstärkter Zahl, sondern wie zu Zeiten der größten Agitationsfreiheit. Das Gesetz der Borgeblätter von einem „Rückgang“ ist denn auch nicht ernst zu nehmen, denn der 2. Wahlbezirk Berlins konnte in seinen besten Zeiten kaum 3000 Wähler aufweisen. Dass sich aber, wie die Borgeblätter erzählen, ein großer Teil der Sozialisten, und zwar die Anhänger Mosk's, der Wahl enthielten, scheint nicht unbegründet zu sein. Nur beweist der letztere Umstand gar nichts für die Wirklichkeit des Sozialistengesetzes.

— Kleine Liebesdienste erhalten die Freundschaft und die gegenwärtigen Wahlbläuberepublikaner Frankreichs scheinen sich's sehr angelegen sein zu lassen durch Lakaiendienste die Gunst des deutschen Reichskanzlers zu erwerben. So ließ der Minister des Innern von Frankreich erst kürzlich auf Befehl Bismarck's siebzehn deutsche Sozialisten aus Frankreich ausweisen. Freilich nachträglich scheint der zypselhauberepublikanische Bismarckbeibiente denn doch etwas wie Schamgefühl verspürt zu haben, denn jetzt läßt er ein feierliches Dementi vom Stapel wonach die Ausweisung nicht auf Anweisung der deutschen Regierung erfolgt sei. Wie sehr aber der patriotisch-republikanische Minister als guter Franzose die preußische Rute führt, dafür geben trotz aller feierlichen Dementi, die nachträglich bekannt gewordenen Details genügend Zeugnis. Eine ausgewiesenen deutschen Sozialisten wurden nämlich von einem Bruder Lehmann, der sich ihnen als Parteigenosse aufspielte, überwacht. Die deutschen Sozialisten wüteten fröhlig in Lehmann einen preußischen Spiegel (der Lügennomaden der französischen Regierung behauptet wohl Lehmann sei ein französischer Detektiv, der „sehr gut deutsch spricht“, welche Ausrede aber mehr einsältig als pfiffig ist) und machten ihre Vorkehrungen. Sie machten den Bruder Lehmann betrunknen und forderten, als dieser Spürhund schon total bewußtlos war, einen „Bericht an die Polizei“ bei ihm. Natürlich hat man hierauf den Gesellen nicht mit Handschuh traktirt, sondern so, wie es einem Mauchard gesiezt. Die französische Regierung fand aber in dem Hinansgegangenwerden eines preußischen Spizzl einen riesigen Hochverrat und wies die deutschen Sozialisten aus. Danbarkeit ist eine schöne Tugend und wenn die Ehren der Borsigler Regierung heute noch den Preußen dafür danken, daß diese ihnen bei der Belästigung der Kommune geholfen, so zeugt das von einer riesigen Umwandelbarkeit der Gesinnung. Aber das was die Borsiglerrepublik diesmal getan, ist schon mehr Speichelklette als Danbarkeit. Nebenbei ist die ganze Geschichte nicht ohne Moral, denn wie man hieraus er sieht, präsentieren sich die Spizzl nicht mit Bart und Gewand im militärischen Schritt, sondern in der Arbeitervlkouse als Gewissen, und darum Augen offen behalten!

— In England hat die Partei Gladstone's festgestellt. Zum besseren Verständnis unserer Leser müssen wir hinzufügen, daß Gladstone nicht ein „Liberaler“ im landesüblichen Sinne ist. Seine Anerkennungen über Sozialisation und Arbeiterfrage, wurden oft von der deutschen sozialistischen Presse zitiert und verdienten neben den von Unparteilichkeit und Trefflichkeit zeigenden Ennuiationen eines Müll und Stein angereizt zu werden. Gladstone ist ein strenger Prinzipialmensch, der nie Konzessionen macht und für die Unterdrückten aller Länder ein warmes Herz hat. Seinerzeit war er es, der die Schandwirtschaft eines Röbomba gegeißelt und Europa gegen die Tyrannen angerufen und der alte englische Staatsmann ist noch heute derselbe Lord Feuerbrand wie ehedem.

Aus Parteikreisen.

Am 16. April beabsichtigte ein hiesiger Genosse eine Besprechung mit mehreren Gewinnungsgegnissen abzuhalten und lud dieselben mittels Einladungsschreiben in ein nächst bezeichnetes Gasthaus. Als die Geladenen ziemlich vollständig erschienen, glaubte der Einberufer die Besprechung eröffnen zu müssen, wurde jedoch durch das Eintreten des Herrn Regierungsvorvertreters Frankel, in Begleitung zweier Detektivs, daran verhindert. Der Regierungsvorvertreter erklärte die Versammlung als aufgelöst, da selbe nicht angemeldet, daher nicht gesetzlich zulässig sei. Auf die Bemerkung des Einberufers, daß diese Besprechung auf Grund des §. 2 des Versammlungsgesetzes veranstaltet und auch ausdrücklich in dem Einladungsschreiben, welches jeder der Anwesenden erhalten habe, Erwähnung gebracht, verlangte der Regierungsvorvertreter die Schreiben samt Antwort den Anwesenden ab. Beider hatten zwei Genossen ihre Einladung zu Hause liegen gelassen, was dem Herrn Regierungsvorvertreter willkommene Gelegenheit bot, die Auflösung der Versammlung aufrecht zu halten. Der Einberufer gedenkt die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern geeignete Weise scherweise zu führen. Denn soll ein gesetzlich uns zustehendes Recht, deshalb weil wir nur der Arbeiterpartei angehören, so ohne Feierlesens geschmälerd werden können? Wir sind einmal der bestehenden Meinung, daß der §. 2 des Versammlungsgesetzes, der für Liberale, Klerikale, Freimaurer, Veteranen, Gangsbrüder, Turner u. s. w. jederzeit noch gegolten, auch für uns gültig ist.

Der Streit der hiesigen Tischler in den Werkstätten Rüttig und Ludwig ist als abgeschlossen zu betrachten. Hwar ist derselbe nicht vollständig im Sinne der Streikenden ausgefallen, doch kann man im Allgemeinen mit dem Resultat zufrieden sein. Denn, obwohl die genannten Prinzipale die beim Streik beteiligten Gehilfen nicht wieder einzustellen, so waren sie dennoch genötigt, eine Aufbesserung der Arbeitsangaltung zu geben und die verlangte zehnstündige Arbeitszeit zu bewilligen. Die Ausgetretenen sind übrigens trotz der Mühe, welche sich die Tischlergenossenschaft gab, ihnen den Eintritt in ein neues Geschäft unmöglich zu machen, alle unternützig beschäftigt. Wenn gleich die Forderungen der Streikenden zum Teile erfüllt, so ist aus dem Ausgange dieses Streites abermals die Beharre zu ziehen, daß die organisierten Arbeiter berufen sind, den Indifferenter die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Oder können diejenigen, welche in einem Augenblitc, als ihre Kollegen den Kampf aufgenommen, anstatt denselben beizustehen, leider nur bestrügen, sie der Kampfsmittel zu berauben, anders bezeichnet werden? —

Aus Mähr.-Trübau wird uns mitgeteilt, daß auch dort die Jagd auf die in London erscheinende Most'sche "Freiheit" gemacht wird. Ein Abonnement derselben, A. Proffers, erhielt einen Brief mit den Poststempel Paris, das heißt er sollte denselben erhalten, doch fand es die Post für zweckmäßiger, das Schreiben, anstatt dem Adressaten, der dortigen Bezirkshauptmannschaft zu übermitteln. — Dort angekommen, hatte man nichts eiligeres zu tun, als den Adressaten mittels Polizei abzuholen und die Gründung des Briefes vorzunehmen. Dieselbe erfolgte in Gegenwart Proffers und förderte das Gesuchte, nämlich eine Nummer der "Freiheit" zu Tage. Darauf hin erfolgte eine Leibesvisitation und als dieselbe erfolglos blieb, in der Wohnung des Genossen Hausdurchsuchung, wo man selbstverständlich das vermutete Depot von Flugblättern und der Most'schen "Freiheit" nicht fand, aber in Ermangelung dessen, eine Beilage zur "Gazette", Bassalle's Lesebuch und ein altes Notizbuch mitnahm.

Kroakau, 15. April. Heute fand nach endlosen Verhandlungen, die vor zwei Monaten begonnen, das Urteil der Geschworenen in dem Sozialistenprozeß statt. Um 2½ Uhr nachmittags zogen sich die Geschworenen zurück, um über die ihnen vorgelegten 66 Fragen zu beraten. Diese Beratungen dauerten bis 10 Uhr abends, um welche Zeit die Verlehung der Fragen und das Verdict der Geschworenen begann und die Zeit bis 12 Uhr nachts in Anspruch nahm. Trotz der vorgerückten Nachstunde waren Saal und beide Galerien vollständig überfüllt. Das Urteil des Gerichtshofes wurde auf den nächsten Tag verschoben. Das Verdict der Geschworenen über die Haupt- und Eventualfragen, bezüglich der Anklage wegen Störung der öffentlichen Ruhe, lautet:

Ludwig Warynski, Josef Biesadowski, Michael Koturnicki: Hauptfrage mit 12 Stimmen, Eventualfragen mit 7 Stimmen Nein.

Hieronymus Truskowski, Witoldus Piekarzki, Stanislaus Wendeljohann: Hauptfrage mit 12 Stimmen, Eventualfragen mit 8 Stimmen Nein.

Stanislaus Warynski: Haupt- und Eventualfragen mit 12 Stimmen Nein.

Leonardus Jabłonki, Ludwig Straszewicz, Edmund Brzestinski, Bronislaus Lubiszkoński; ferner Apolinariusz Nowicki, Ludwik Wasowicz, Sigismund Halocinski, Konrad Klafer, Edmund Miliewicz, Karl Schmiedehausen, Josef Sawicza, Stanislaus Barabasz, Johann Drusdowski, Adolf Jäckner, Kazimierz Kracawski, Stanislaus Ogarowski, Bolesław Gozdecki, Anton Mankowski und Stanislaus Bogucki mit 12 Stimmen Nein.

Adam Dobrowski, Johann Kozałkiewicz, Mieczyslaus Mankowski, Johann Bieliński mit 8 Stimmen Nein.

Stefan Mikolajski und Johann Schmiedehausen mit 7 Stimmen Nein.

Hieronymus Truskowski wegen Majestätsbeleidigung mit 7 Stimmen Nein.

Stefan Mikolajski wegen Gotteslästerung, respektive Religionsstörung, mit 11 Stimmen Nein. Nebenfragen, bezüglich Falschmeldung, unerlaubter Rückkehr wurden bejaht.

Kroakau, 16. April. Bei der heute stattgehabten Verhandlung, welche von 11 Uhr vormittags bis 1½ Uhr nachmittags währt, wurde das Urteil des Gerichtshofes publiziert. In den Hauptfragen wurden sämtliche 33 Angeklagte freigesprochen und nur wegen Falschmeldung Ludwig Warynski und Witoldus Piekarzki zu 7 Tage Arrest, Hieronymus Truskowski zu 5 Tage Arrest, ferner wegen unerlaubter Rückkehr nach Österreich Stanislaus Wendeljohann und Michael Koturnicki zu 1 Monat Arrest verurteilt. Letztere fünf wurden in Folge gerichtlichen Urteils nach Abbildung der Strafe ausgewiesen; desgleichen wurden Biesadowski, Stanislaus Warynski, Brzestinski, Lubiszkoński, Straszewicz und Jabłonki polizeilich nach Triest abgeschafft.

Nach der Bekanntgabe des Urteils erscholl seitens des Publikums, daß heute in gleich großer Menge wie gestern vertreten war, für mittleren Beifall und Bravorufen. Dies war der unverhohlene Ausdruck der öffentlichen Meinung. Wandern müssen wir uns nun, wie das politische Organ der galizischen Stanczyk-Partei in Krakau "Gazas", welches doch als einziges Blatt in Krakau die öffentliche Meinung vertreten soll, in seinem Heft vom 16. April folgendes als öffentliche Meinung zum Ausdruck bringt:

"Um Mitternacht wurde das freisprechende Verdict der Geschworenen im Sozialistenprozeß veröffentlicht. Wir können dieses Verdict in seiner Gerechtigkeit weder zergliedern, noch darüber unsere Bewertungen machen. Umso mehr müssen wir betonen, daß der Schluß dieses so lange andauernden Prozesses eine soziale, politische und nationale Niederlage für uns ist. Die mildste Theorie des Konservatismus, welche in hohem Grade unser nationales Leben verderben müssen, die Bestrebungen, in ihren Folgen gefährlicher als die Täglichkeit, welche durch 100 Jahre den Ruhm der polnischen Gesellschaft zum Zwecke hatten, die wurden nicht verbannt und die Anhänger wurden heute unabschließbar erklärt. Diese Tatsache ist eine erniedrigende und demoralisierende und leider gibt sie allen Polen endlich die Waffe in die Hand zu einer Zeit, wo unser größtes Interesse darauf gerichtet sein möchte, Polen vom Sozialismus und Nationalismus zu befreien (!).

Wir wollen und heute nicht damit beschäftigen, wo die Schulden an einem derartigen Ausgange dieses Prozesses, welcher so bedauernde Folgen nach sich zieht, liegt; wie wissen nur, daß die Verantwortlichkeit schwer ist und wir gehen auf die Gefüle, welche die Geschworenen leiten, nicht näher ein; wir wiederholen nur die Tatsache und aus dieser Tatsache schließen wir die Folgen.

Wir trösten uns mit dem Bewußtsein, daß das Verdict, welches gestern gegeben wurde, weder die Meinung noch die Überzeugung der politischen Gesellschaft vom Sozialismus und Nationalismus ist und mit der politischen Tradition und politischen Natur so im Widerspruch steht, daß, wenn diese Bestrebungen geweihet sollten, sich die politische Natur ganz unabhängig nähme; daß ferner die politische Gesellschaft alle Gefahren voraussehen wird, welche von jener Seite dem Nationalismus und der nationalen Ehre drohen und daß sie im Stande sein wird, die Verantwortlichkeit für diesen einzigen Fall, welcher nicht im Stande sein wird, das ganze Polen zu kompromittieren, von sich zu wischen.

Mit dem sieben Gedanken werden wir einen Schleier auf diese widrige, ob nicht vielleicht erniedrigende Erfüllung, welche nicht mit dem Aufsehen der politischen Nation vereinbar ist, aber mit dem durchdringenden Auge ermessen wie die Gefahren der Zukunft."

Unser Künster und Edelfritz: Wie aus obigen Schnitzenschriften zu erschauen, macht das Blatt ihrem gepressten Herzen sehr unverholen Lust. Uebrigens glauben wir gerne, daß das Verdict der Krakauer Geschworenen jenen Leuten nicht in den Arm passt. Doch bezeichnend ist es immerhin, daß ein in denselben Mauern, wo sich der Prozeß abspielte, erscheinendes Organ eine solche Sprache führen darf, ohne der Konfiszierung zu verfallen. Würden wir uns je ermesssen, in einem ähnlichen Fall unserer Meinung so ohne weiters Ausdruck zu verleihen, so würden wir so sicher, als zwei Mal zwei vier ist, dem Arzt der "Presobjektivität" verfallen.

Wien, 13. April. Heute fand gegen die Genossen Hermann Bräger und Emanuel Dolter die Schwarzgerichtsverhandlung wegen Hochverrat und Störung der öffentlichen Ruhe statt. Den Vorsitz der Verhandlung führte Vizepräsident Hofrat Schwaiger, die Anklage vertrat Staatsanwalt Graf Lanzenz. Die Verteidigung führte Dr. Glaser für Bräger, Dr. Zimmermann für Dolter. Die beiden überwältigten Verteidiger verteidigten die Angeklagten in ausgezeichneteter Weise. — Das Verdict der Geschworenen lautete bei allen drei vorgelegten Fragen (Verbrechen des Hochverrats, der Staatsstörung und des Vergehens der Aufwiegelung) bei Emanuel Dolter verneinend, derselbe war somit frei geprägt; bei Hermann Bräger die ersten zwei Fragen verneinend, die dritte behauptend, derselbe wurde zu acht Monaten strengen Arrest und Landesverweisung verurteilt. Wir bringen in nächster Nummer ausführlichen Bericht über diesen Prozeß. —

Wien. Sonntag den 28. März fand im "Pariserarten" eine stark besuchte slavische Volksversammlung mit der Tagesordnung: "Die neue Gewerbeordnung" statt. Nach der Wahl des Präsidiums, welches aus den Genossen Beck, Bach, Randa und Stefel bestand, erhielt Genosse Beck das Wort. Der Redner beleuchtete die Mangelhaftigkeit des zur Zeit geltenden Gewerbegegesetzes, als auch die Ländlichkeit und Hälftheit der Regierungsvorlage als Anhang zu jenem Gesetze. Es saß auseinander, daß die Arbeiter slavischer Zunge mit ihren Brüdern deutscher Abstammung Hand in Hand gehen müssen, um die Entfernung aller die Arbeiter schädigenden Punkte durchzusehen und bringt folgende Resolution zur Verlehung:

Resolution.

Da die Regierungsnovelle der Gewerbeordnung dem Reichsrat vorgelegt wurde und nicht den Forderungen der arbeitenden Klasse entspricht, wenn die Verbesserung der Gewerbeordnung das Ziel erreichen soll, um die Missstände zu beseitigen, und den Arbeiter von der unmenschenlichen Ausbeutung vollkommen zu schützen und das täglich mehr um sich greifende Elend und Not bei den arbeitenden Massenleidens zu mildern, so muß die Verbesserung mit einem weitverbreitenden Wunsche des arbeitenden Volkes in folgenden Paragraphen ausgeführt werden.

1. Fazitliche Aushebung des generelligen Genossenschaftsvertrages durch Revision des Vereinsgesetzes in dem Sinne, daß

a) jeder Betriebszwang ohne Ausnahme verboten,

b) den wirtschaftlichen und Unterstützungsvereinen vollständige Verbands- und Wissensfreiheit gewährt,

c) die seither nach besonderen Vorrichten behandelten Knappheitsklassen unter das revidierte Vereinsgesetz gestellt, und

d) die Auflösung eines Vereines nur durch richterliches Erkennnis verfügt werden kann.

2. Es seien die Krankenfonds bei aufzuhaltenden Zwangsversammlungen jenen Hilfsklassen zugewiesen, welchen die Arbeitnehmer des betreffenden Gewerbes beitreten werden.

3. Die Entschädigungspflicht der Industriellen Unternehmer soll in den Werke gesetzlich präzisiert werden, daß sie, sofern sie nicht nachzuweisen vermögen, daß die Beschäftigung des Arbeiters selbst verhüllt gehabt, in solcher Weise vorüber sein, daß sie eine dem Durchschnittslohn des Werkes gleiche Entschädigung zu leisten verpflichtet sind, ohne Rücksicht darauf, ob der betreffende Betrieb aus einer Unterstützungsstätte besteht oder nicht, bei erfolgter Tötung eines Arbeiters soll die Obhut des Unternehmers sich auf diejenigen Personen erstrecken, welche der Unschuldige zu erhalten oder zu unterstützen verpflichtet war.

4. Gesetzliche Bestimmung einer Normalarbeitszeit von zehn Stunden täglich für alle erwachsenen männlichen Arbeiter, achtstündige Arbeitszeit für Frauen und Kinderjährlinge von 14 bis 18 Jahren, Verbot der Kinderarbeit vor vollendetem 14. Lebensjahr.

5. Einführung selbstständiger Arbeitersammeln mit Wahlrecht in den geschäftgebenden Körper und Gleichwohltagabzug. Einführung von Fabrikinspektoren, welche die gleich starken Kommissionen der Handels- und Gewerbe-, sowie Arbeitersammeln gewählt werden; diese haben im Beiratshaus des Unternehmers das Recht zu entscheiden. Die Funktionsdauer der Gewerbe- und Fabrikinspektoren soll ein Jahr nicht übersteigen, ohne jedoch die Wiederwahl ausgeschließen.

6. Erhaltung aller aus der Gewerbeordnung von 1859 herüber genommenen Bestimmungen in Bezug auf das Lehrlingswesen und Regelung bestehend durch Feststellung einer Normalarbeitszeit als auch einer Maximalzeit für die Wahl der in einem Stabiment aufzunehmenden Lehrlinge, Durchführung des Systems von Staatswerken zur Ausbildung von Lehrlingen.

7. Vollständige Koalitionsfreiheit ohne beschränkende Klauseln.

Die vorgenannten Paragrafe sind von der slavischen Versammlung den 28. März im "Pariserarten" angenommen. Wenn die Wochenschläge berücksichtigt werden, können wir hoffen, daß die vorliegende Novelle den Anforderungen entsprechen werde, welche man an eine Gesetzgebung zu stellen befugt ist, dann können wir erwarten, daß es eine Handhabe bieten werde zur Bekämpfung der Not, sowohl dieselbe unter der modernen Produktionsweise bekämpft werden kann.

Zum Schlusse fordert die Versammlung, daß der Ausschuss für die Prüfung der Regierungsvorlage seine Arbeit beschleunigt, damit die verbesserte Vorlage sobald als möglich zum Geltande erhoben wird.

Endlich hoffen wir, daß die slavischen Herren Abgeordneten die Forderungen des slavischen Volkes hier und auch anderorts tatsächlich berücksichtigen und bei Beratung der Vorlage Anträge nach unserem Willen stellen, als auch bei der Abstimmung sich daran verhalten. Nur dann, wenn dies der Fall erkennen wir, daß sie den Willen haben, für das gesamte Volk zu wirken.

Diese Resolution wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Genosse Sybes erklärt in längerer Kritik Stand und Wirken der Zwangsgenossenschaften und Unterstützungsvereine zusammen zum Nutzen für den Arbeiter gearbeitet wird; fordert auch das freie Vereinsrecht, wie es im Sinne der Resolution enthalten ist, welche er zur Annahme empfiehlt. (Allgemeiner Beifall.)

Genosse Bandisch unterscheidet das Gewerbegegesetz von den anderen bürgerlichen Gesetzen dadurch, daß die meisten für die sämtlichen Staatsbürger gleich gelten, indem das Gewerbegegesetz bis jetzt nur das Kapital, respektive den Unternehmer und nicht die Arbeiter schützt. Redner verlangt deshalb Gleichberechtigung im Sinne des Schutzes der Arbeit von dem Stade, und zwar durch die Einführung eines Arbeitsministeriums, welches die Arbeiter vor der Ausnützung von Seite des Kapitals schützen sollte. (Allgemeiner Beifall.)

Genosse Marschall spricht über den allgemeinen Widerstand im Volle und weist hauptsächlich auf folgende vier Punkte, welche, wenn sie in das Gewerbegegesetz eingefügt werden, diesen teilweise abgeholt sein werden. Diese vier Punkte sind: 1. Behnsthündige Normalarbeitszeit für sämtliche männliche Arbeiter; 2. freiwillige Genossenschaften; 3. Verhinderung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken; 4. Bestimmung eines normalen Lohnes für sämtliche Arbeiter. Redner präzisiert diese Forderungen in längerer Rede, welche mit größtem Beifall von der Versammlung entgegenommen wurde.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Die Versammlung, welche nahezu an drei Stunden dauerte, wo der Referent als auch die ferneren Genossen mit Geduld und Unschärfe den Stoff bewältigten, war trotz des prachtvollen schönen Wetters so stark besucht, daß der Saal kaum die Besucher zu lassen vermochte. Der Eindruck auf die im Saale anwesenden deutschen Genossen war ein erhebender. Wenn, wenn sollten die begeistersten Vyborne-Muse der Versammlung fast gelassen haben. Diese Muse, gegeben zu Aufführungen, die in heiterlich sprechenden Versammlungen, wiederholt zum Ausdruck kamen, beweisen, daß klar denkende Arbeiter über jenen lächerlichen Nationalitätenstreit, den heute die Bourgeoisie führt und währt, längst darüber hinaus sind. R.

Wien. Ostermontag den 29. März, 10 Uhr vormittags, fand im Gasthause "zur Breze", Leopoldstadt, Gartnergasse, eine freie Versammlung slavischer Arbeiter statt. Das Programm bestand aus folgenden Punkten: 1. Die heutige Produktionsweise. 2. Die Lage der Arbeiter. 3. Die slavische Nationalitätenfrage. Über Anteil Petzels wurden die ersten zwei Punkte zusammengezogen. Hierauf ergriff Genosse Divis als erster Referent das Wort. Redner kritisierte die Großproduktion, die freie Konkurrenz und die Geschäftskrise und kam in Erwähnung dessen zu dem Schluß Was bin ich als Arbeiter? Ein Sklave! Da wurde er von dem amtierenden Regierungsvorvertreter mit den Worten: „ja zahavají tuto schwyz“ (ich konfirme diese Versammlung) unterbrochen. Eine Totenstille erfolgte auf diese Szene, für welche Genossen vor dies eine neue, noch nicht dagewesene Neberrassung; die Unländigen glaubten, alle die Hunderte von Menschen werden als konfisierte Ware einer Versteigerung oder doch etwas Nehnlichem überliefert. Nach einer Weile, wo der Regierungsvorvertreter auch auf seinem Sitz ganz ruhig lag, unterbrach der Vorlesende durch die Frage, welcher Grund zu einer Versammlungsauflösung vorliegt, die unbeschreibliche Totenstille. Auf dieses hin erklärte der Kommissär in der deutschen Sprache: „Ich erkläre die Versammlung für aufgelöst und fordere Sie auf, das Lokal zu verlassen“. Der Magistrat, der die Masse bis dahin in Störheit hielt, ließ nach; die jungen Leute, welche der deutschen Sprache nicht mächtig waren und daher den Kommissär nicht verstanden haben, fragten, was mit ihnen geschehe und wußten nicht, was sie tun sollten. Die Situation stärkte sich doch und die Leute fingen an, sich zu versperren. Draußen gab die Sicherheitswache jeden die Ausklärung, daß es nicht erlaubt sei, auf der Gasse stehen zu bleiben. Wie wir erfahren, wird das Bureau wegen der Auflösung eine Beschwerde an das Polizeipräsidium richten.

